
Fraktion im Rat der Stadt Heinsberg

Haushaltsrede der CDU-Fraktion vom 08.03.2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
liebe Gäste im Zuhörerraum,
verehrte Vertreter der Presse,

Die extremen Finanzsituationen belasten die Städte und Gemeinden seit vielen Jahren – insbesondere in NRW.

Auch wir in Heinsberg sind hiervon stark betroffen. Es gilt, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um unsere Stadt als attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort zu erhalten und weiter entwickeln zu können. Ein Warten auf Hilfe von Dritten wäre verlorene Zeit.

Unser aller Ziel ist es daher, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, d. h. die Einnahmen sind genauso hoch wie die Ausgaben.

Deshalb hat die CDU-Fraktion mit der AGENDA 2025 ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, dieses Ziel bis zum Jahr 2025 zu erreichen. Dies erfolgte am 30.09.2015 mit Mehrheitsbeschluss von 33 Stimmen im Rat der Stadt Heinsberg. Das bedeutet, wir wollen ein ausgewogenes Zusammenspiel von Abgabenerhöhungen und Aufwandsreduzierungen.

.Durch die Erhöhung von Steuerhebesätzen und Gebühren können die Einnahmen zwar gesteigert werden, aber es bedeutet eine Mehrbelastung für unsere Bürgerinnen und Bürger. Deshalb liegt ein besonderes Augenmerk auf der Aufwandsreduzierung. Aber auch diese Maßnahmen stoßen nicht bei allen Bürgerinnen und Bürgern auf Zustimmung. Das haben wir in jüngster Zeit bei den Schließungen der Grundschulen sowie des Freibades erfahren.

Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2016 erhöhen sich die (ordentlichen) Erträge von 92,48 Mio. Euro auf 98,5 Mio. Euro, also um rund 6 Mio., dies ist sicherlich erfreulich. Aber die (ordentlichen) Aufwendungen erhöhen sich im gleichen Zeitraum um ca. 4,7 Mio. Euro, nämlich von 98,23 Mio. Euro auf 102,93 Mio. Hinzu kommen weitere 1,46 Mio. Euro aus Zinsen und sonstigen Aufwendungen, sowie Finanzerträge in Höhe von 0,36 Mio. Euro

Der Fehlbetrag im Ergebnisplan beläuft sich demnach auf insgesamt ca. 5,5 Mio. Euro., d.h. der Fehlbetrag fällt um ca. 1,5 Mio. Euro geringer aus als 2016.

Die Mehraufwendungen sind insbesondere in den folgenden Bereichen angefallen:

- Personalaufwendungen (ca. 1,4 Mio.),
- Transferaufwendungen (ca. 3,3 Mio.)

Um im Ergebnisplan zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen, müssen wir erneut auf unsere Allgemeine Rücklage zurückgreifen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

mit der Nachhaltigkeitssatzung haben wir im Jahr 2013 beschlossen, keine Nettoneuverschuldung mehr einzugehen. Damit sind die Mittel für Investitionstätigkeiten natürlich beschränkt. Sie belaufen sich im Jahr 2017 auf ca. 6,35 Mio. Euro, das ist eine leichte Steigerung gegenüber 2016.

Diese Investitionen erfolgen in folgenden Bereichen:

- für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (860.500,00 Euro)
- für Hochbaumaßnahmen (1,44 Mio. Euro)
 - hierzu gehören die Erweiterung der Feuerwehrhauptwache Heinsberg, die Erweiterung der Grundschule Randerath, die Erweiterung der Kindergärten Karken und Magdeburger Straße sowie die Lagerhalle des Bauhofes.
- für den Bereich der Tiefbaumaßnahmen (1,49 Mio. Euro)
 - hierzu gehören die Regenklärbecken an der Liecker Straße, Waldhufenstraße und Fritz-Bauer-Straße sowie diverse Straßenbeleuchtungsmaßnahmen.
- für den Erwerb von Vermögensgegenständen (2,49 Mio. Euro)
- für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen (69.800 Euro)

Gestatten Sie mir nun einige erläuternde Ausführungen zum Thema Schulen, an der insbesondere der CDU-Arbeitskreis Schule und Kultur mitgewirkt hat:

Auf Initiative der CDU-Fraktion werden künftig jährlich mindestens 800.000 Euro für die Sanierung der Grundschulen bereitgestellt. Ziel ist es, die Grundschulgebäude zu renovieren und zu modernisieren, die dauerhaft und langfristig erhalten bleiben sollen.

Nachdem der Bürgerentscheid zu den Grundschulen gescheitert ist, werden die erforderlichen Maßnahmen nun zügig und in enger Abstimmung zwischen Politik, Verwaltung und Grundschulleitung umgesetzt.

Die Heinsberger Grundschule an der Westpromenade und die Grundschule Unterbruch haben zum Schuljahr 2016/17 ihr neues Gebäude, das ehemalige Hauptschulgebäude bezogen. Die Kapazität an Klassen- und OGS-Räumen ermöglicht einen problemlosen Schulbetrieb. Der Zusammenschluss beider Grundschulen wird durch den neuen Schulnamen „Gemeinschaftsgrundschule Heinsberg, Sonnen-scheinschule“ angezeigt. Diese Namensgebung erfolgte in Abstimmung mit der Schulleitung einvernehmlich und wurde in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 15.02.2017 beschlossen.

Die Klassen der Porselener Grundschule werden ab dem Schuljahr 2017/18 in der Grundschule Randerath gemeinsam mit den Randerather Klassen unterrichtet. Diese Maßnahme ist seit langer Zeit bekannt und wird ausdrücklich von Schulleitung einschl. Lehrerkollegium der Gemeinschaftsgrundschule Randerath – Porselen sowie der Elternvertretung gewünscht und unterstützt. Der Anbau am Randerather Grundschulgebäude wird bis zum Sommer 2017 abgeschlossen sein, so dass neben den erforderlichen Klassenräumen auch ausreichende OGS-Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Die Umsetzung der gemeinsamen Beschulung der Karkener und Kempener Grundschulklassen im Karkener Grundschulgebäude ist aus bekannten Gründen noch nicht erfolgt, wird aber zum Schuljahr 2017/18 erfolgen können.

Durch den CDU - Arbeitskreis Schule und Kultur wurden nahezu alle Grundschulen besichtigt. Aufgabe des AK war und ist es, die Veränderungen im Bereich der Grundschullandschaft aktiv zu begleiten. Inzwischen wurden die Ergebnisse

zusammengetragen und mit der Verwaltung besprochen. Beispielhaft möchte ich hier einige Punkte auflisten, die sich auch im Haushalt widerspiegeln:

- Beginnend mit den Grundschulen in Randerath und Kirchhoven werden die Grundschulen der Stadt Heinsberg in den nächsten Jahren modernisiert und ertüchtigt. Maßstab in baulicher und versorgungstechnischer Hinsicht soll hier die GGS Heinsberg (Sonnenscheinschule) sein.

- Im Hinblick auf die notwendigen Ertüchtigungen der Grundschule Kirchhoven profitieren wir dabei hoffentlich von den Fördermitteln aus dem Programm „Interkommunales Entwicklungskonzept / Die Westzipfelregion“, das der Rat in seiner Sitzung vom 15. Februar 2017 mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen hat.

- Die Schaffung von ausreichenden OGS-Räumlichkeiten an allen Grundschulen. D.h., dass neben den erforderlichen Klassenräumen zusätzlich 50% dieser Anzahl an OGS-Räumen zur Verfügung stehen sollen.

Beispiel: 2-zügige Grundschule benötigt 8 Klassen (4 SJ x 2), somit zusätzlich 4 OGS-Räume.

- Die Schulhöfe sind in die Jahre gekommen und werden entsprechend den Anforderungen der Ganztagschule umgestaltet. Dabei soll das aktive Mitwirken der betroffenen Schulen gefördert werden.

- Auch die digitale Ausstattung der Grundschulen soll im Rahmen der Modernisierung auf den neusten Stand gebracht werden.

Da uns als CDU-Fraktion die Bildung besonders am Herzen liegt, soll dies auch festgeschrieben werden und nachvollziehbar sein. So haben wir mit der Erstellung eines Leitbildes „Schulen in Heinsberg“ begonnen. Die schulische Bildung spielt eine tragende Rolle für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft.

Das Bildungsangebot unserer Schulen ist ein wichtiger Faktor für einen attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort.

Unsere Schülerinnen und Schüler verbringen sehr viel Zeit in der Schule. Schule muss daher auch ein Ort des Wohlfühlens sein, an dem die Schülerinnen und Schüler wertgeschätzt werden und sich entfalten können.

Die Schule muss sich den Veränderungen in der gesellschaftlichen Entwicklung stellen, sie muss sich an sich verändernde Lebensweisen und soziale Strukturen, insbesondere in der Familie, anpassen.

Mit ihrem „Leitbild Schule“ formuliert die CDU-Fraktion folgende Ziele und Richtlinien: Sicherstellung einer den heutigen pädagogischen Anforderungen und Standards entsprechenden schulischen Bildung in der Primarstufe, insbesondere auch im Umgang mit neuen Medien, gleichzeitig soll eine nachfrageorientierte Betreuung über den Regelschulbetrieb hinaus angeboten werden.

Dieses Leitbild soll kurzfristig konkretisiert und vorgestellt werden.

Auch der CDU-Arbeitskreis Jugend – Soziales – Flüchtlinge hat in mehreren Besprechungen zahlreiche Themen aufgegriffen und ist zu Entscheidungen gekommen, die sich ebenfalls bemerkbar machen.

Hierzu zählen u.a.

die Ausbaumaßnahmen der Kindergärten Buschheide und an der Magdeburger Straße sowie in Waldenrath und Karken,

die Großtagespflegestellen, die als Ergänzung des Betreuungsangebotes für Kinder im Stadtgebiet Heinsberg auf den Weg gebracht wurden,

die Verlängerung der notwendigen Schulsozialarbeit bis zum 31.12.2018 für die Pestalozzischule in Oberbruch sowie für die Realschule in Heinsberg,

die Verlängerung des Vertrages Loonie Day

und insbesondere die Einrichtung von 2 Vollzeitstellen in der OASE Oberbruch.

Diese beiden Stellen werden durch eine Vollzeitkraft (Herr Storms) sowie zwei Teilzeitkräften (Frau Simon und Frau Lahr) besetzt. Herr Storms hat seine Arbeit als „Streetworker“ am 15.02.2017 aufgenommen.

Hier gilt es für die Zukunft weiter am Ball zu bleiben, da gerade auf diesem Gebiet großer Handlungsbedarf besteht.

Jährlich werden aber jetzt schon ca. 30 Mio. Euro für Kindergärten und Schulen sowie Kinder, Jugend und Familie investiert bzw. bereitgestellt.

Einige Anmerkungen zur Stadtentwicklung und dem CDU-Arbeitskreis Stadtentwicklung.

Die CDU-Fraktion hat im letzten Jahr bei der Ausweisung von Baugebieten und bei der Windenergie wieder wichtige Akzente gesetzt.

Seit 2012 haben wir uns in Ausschüssen und im Rat mit der Ausweisung von weiteren Windkraftzonen beschäftigt und im letzten Jahr dies zum Abschluss gebracht.

Gerade die CDU-Fraktion hat hier von Anfang an mit Transparenz, bürgernahe Information und Einbindung, dieses mit Sicherheit streitbare Thema sachlich begleitet und Beschlüsse herbeigeführt. Mit Blick auf andere Kommunen im Kreis war die frühzeitige Entscheidung der CDU Fraktion ein Ausschlussverfahren durchzuführen, weitsichtig und richtig.

Die Zukunft unserer Orte - neben den Zentren Heinsberg und Oberbruch – ist immer ein wichtiger Eckpfeiler unserer Fraktionsarbeit gewesen. Die CDU-Fraktion achtet besonders auf die Erhaltung der dörflichen Strukturen, der Förderung und deren Entwicklung. Die Sanierung, Umnutzung bzw. Umbau von vorhandener Bausubstanz steht dabei im Vordergrund, kann aber von städtischer Seite nur begleitet werden. Hier ist in erster Linie privates Engagement und Einsatz gefordert. Dies wird mit Sicherheit – neben vielen anderen Aufgaben – auch ein Betätigungsfeld für den Regiebetrieb.

Bei der Ausweisung von Neubauflächen geht die CDU-Fraktion, in Verbindung und Abstimmung mit den Ortsvorstehern, sehr behutsam und mit Augenmaß vor. Die in den letzten Jahren auf den Weg gebrachten Neubaugebiete (wie Kleiner Eschweg in Waldenrath, Welkesberg in Dremmen oder Ruraue in Oberbruch) spiegeln die erfolgreiche Politik der CDU-Fraktion und Ihrer Ortsvorsteher wider.

Mit den Maßnahmen in Unterbruch und Randerath wird dies zurzeit fortgesetzt.

In der CDU-Fraktion werden wir weiterhin Ideen und Maßnahmen zur Gesamtentwicklung unserer Stadt erarbeiten. Gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels erfordert dies eine interdisziplinäre, integrierte und zukunftsgerichtete Herangehensweise.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

in der Ratssitzung am 30.09.2015 wurde die AGENDA 2025 mit 33-Ja-Stimmen mehrheitlich beschlossen.

Wenn also unser mehrheitlich erklärtes Ziel „das Erreichen des strukturell ausgeglichenen Haushaltes bis 2025“ ist, dann bedeutet dies, dass wir auch in den nächsten Jahren einen steinigen Weg vor uns haben. Und mit mir meine ich durchaus alle Mitglieder des Rates.

Ein solches Vorhaben ist niemals leicht in der Umsetzung, sondern bedarf eines gemeinsamen Handelns.

Nun ein Wort zu ihnen, den Damen und Herren der SPD-Fraktion:

Mit Ihrem Antrag vom 27.12.2014 beantragten Sie für die anstehende Schul- und Kulturausschusssitzung, die am 15.01.2015 stattfand, die Eingangsklassen so zu verteilen, dass für den Grundschulverbund Karken-Kempen nur -1- Klasse zugewiesen werden sollte. Zu diesem Zeitpunkt wurde an der Gesamtkonzeption Grundschulen und deren Standorte gearbeitet, das Ergebnis war zu diesem Zeitpunkt jedoch noch offen. Deshalb lehnte die CDU-Fraktion Ihren Antrag ab, weil er zu diesem Zeitpunkt bereits das „Aus“ für einen der beiden Grundschulen bedeutet hätte.

Nachdem das Gesamtkonzept über die AGENDA 2025 verabschiedet wurde, und es dann schließlich zur Entscheidung kam, u.a. die Grundschule in Kempen zu schließen, stimmte die SPD-Fraktion dagegen. Der Gegenwind der sogenannten Schulretter war wohl so stark, dass man das Ruder rumreißen musste und sich im Schulterschluss mit der Interessengemeinschaft gegen diese Maßnahme stellte. Genau das hatten sie doch mit Ihrem Antrag ein knappes Jahr vorher bewirken wollen. Genau das wäre das Ergebnis Ihres Antrages gewesen: Schließung der Kempener Grundschule bereits zum Schuljahr 2015/16. Aber wenigstens in einem sind Sie sich treu geblieben, meine Damen und Herren der SPD, in Ihrer Unzuverlässigkeit und Ihrem wechselhaften Verhalten. Die Fahne hochhalten heißt nicht, sich dauernd mit dem Wind zu drehen.

Insoweit ist das Verhalten der SPD für uns als CDU in der Schulfrage absolut unverständlich und unakzeptabel. Wenn wir von einem gemeinsamen Umsetzen der

AGENDA 2025 reden, kann es nicht sein, dass Sie sich nur die populären und öffentlichkeitswirksamen Rosinen rauspicken.

Auch in der Freibadfrage war es Ihnen als Fraktion nicht möglich, sich zu positionieren. Was sind Sie für Volksvertreter, wenn Sie sich vor wichtigen Entscheidungen drücken, indem sie ausweichen, sich der Stimme enthalten oder gar nicht an der Abstimmung teilnehmen.

Unter Verlässlichkeit sollte hier auch gelten in guten wie in schlechten Zeiten. Denken Sie hierüber nicht nur einmal, sondern mehrfach nach!

Zurück zu den von mir dargestellten Maßnahmen:

Diese umfangreichen Maßnahmen verdeutlichen, dass auf diesem Gebiet viel Arbeit zu erledigen ist. Die Anforderungen an die Verwirklichung solcher Projekte steigen und setzen ein immer höheres Fachwissen voraus, insbesondere in technischer Hinsicht. Wir seitens der CDU-Fraktion halten es daher für notwendig, möglichst bald die Position des Technischen Beigeordneten zu besetzen. Und das ergänzend zur Klarstellung: wir verursachen damit nicht unnötige Mehrkosten!

Aber wir sollten nicht blindlings die vor uns liegenden Aufgaben angehen und behaupten,

wir können alles,

wir wissen alles,

und brauchen deshalb keine Fachleute.

Im Gegenteil, ich wehre mich deshalb absolut dagegen, hier von unnötigen Mehrkosten zu sprechen.

Durch eine gute personelle Besetzung dieser Position können richtige und wichtige Weichenstellungen unserer Stadt gefördert werden, Mittel gespart, ja sogar generiert werden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

der vorliegende Haushaltsentwurf zeigt erneut das erfolgreiche Bemühen, die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes zu vermeiden. Ebenso bleibt erfreulich festzustellen, dass es wiederum keine Nettoneuverschuldung gibt.

Wir, seitens der CDU-Fraktion, werden daher – wie erläutert und begründet, der vorliegenden Haushaltssatzung unsere Zustimmung erteilen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf zeigt aber auch, dass in der mittelfristigen Finanzplanung weiterhin, wenn auch kleiner werdende defizitäre Jahresergebnisse erzielt werden.

Eine längst überfällige, kommunalfreundlichere Finanzreform ist weiterhin nicht in Sicht.

Der vom Bund aufgelegte Kommunalinvestitionsförderungsfonds unterstützt finanzschwache Kommunen, worunter auch die Stadt Heinsberg fällt.

Durch Mittelbereitstellungsbescheid vom 08.10.2015 hat die Bezirksregierung Köln den städt. Anteil mit nahezu 1,7 Mio. Euro beziffert. Hierzu hat sich auf Antrag der CDU-Fraktion der Rat bereits in seiner Sitzung am 03.02.2016 positioniert und beschlossen, die Fördermittel für Kindergärten und Grundschulen einzusetzen, da unsere Fraktion hier den dringendsten Handlungsbedarf für unsere Stadt erkannt hat. Solche Maßnahmen eröffnen einer Kommune erfreulicherweise einen gewissen Gestaltungsspielraum, so auch der Stadt Heinsberg.

Der Verwaltungsrat der NRW-Bank hat auf Vorschlag der Landesregierung das Förderprogramm NRW-Bank / Gute Schule 2020 zur langfristigen Finanzierung kommunaler Investitionen in die Sanierung, die Modernisierung und den Ausbau der kommunalen Schulinfrastruktur beschlossen.

Nach Jahrzehnten der Vernachlässigung erkennt die SPD-geführte Landesregierung nun endlich – und zufälligerweise kurz vor den Landtagswahlen – die Versäumnisse bei der Modernisierung der Schulen. Das ist allein mit Haushaltsmitteln der Kommunen nicht zu schaffen. Hier hätte es schon lange der finanziellen Unterstützung bedurft.

Das Programm hat ein Gesamtvolumen von 2 Milliarden Euro. Bei dem Programm handelt es sich um eine Gemeinschaftsaktion der NRW-Bank mit dem Land Nordrhein-Westfalen.

Im Rahmen dieses Programms werden über vier Jahre jeweils 500 Mio. Euro bereitgestellt. Die Gesamtzeit der Kredite beträgt 20 Jahre, wobei das erste Jahr tilgungsfrei bleibt. Das Land wird in der folgenden Zeit für die Kommunen alle Tilgungsleistungen übernehmen. Gefördert werden grundsätzlich Investitionen inklusive Sanierungs- und Modernisierungsaufwand auf kommunalen Schulgeländen (mit den dazugehörigen Sportanlagen). Gefördert werden auch Maßnahmen zur Verbesserung der digitalen Infrastruktur und Ausstattung von Schulen. Auf die Stadt Heinsberg entfällt ein Darlehensbetrag in Höhe von etwa 2,6 Mio. Euro.

Investitionen in die Bildungsinfrastruktur gehören zu den wichtigsten Investitionen in die Zukunft.

Deshalb hat sich der Rat der Stadt Heinsberg dafür ausgesprochen, diese darlehensbasierten Mittel in Anspruch zu nehmen, auch wenn unsere Nachhaltigkeitssatzung dies eigentlich (ausdrücklich) nicht zulässt.

Allein die Tatsache, dass für die Stadt Heinsberg kein Kapaldienst anfällt; denn diesen trägt das Land, und der Stellenwert der mit diesen Mitteln geförderten Bildungs-Investitionsmaßnahmen haben die CDU zu diesem Schritt bewogen.

Besonders positiv ist das ehrenamtliche Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger zu werten.

Der Interessengemeinschaft Oberbruch 2020 ist es beispielsweise gelungen, ein tragfähiges Konzept für die Nutzung und den Betrieb der Halle zu entwickeln und damit die Zukunft der Festhalle nachhaltig zu sichern.

In dem im Rat am 15.02.2017 einstimmig beschlossenen Interkommunalen Entwicklungskonzept „die Westzipfelregion“ ist die Sanierung der Festhalle folgerichtig auch ein zentraler Bestandteil.

Darüber hinaus wird der IG Freibad Kirchhoven die Gelegenheit gegeben, dass von der Schließung bedrohte Freibad als „Bürgerbad“ weiterzuführen. Es bleibt zu hoffen,

dass die gesteckten Ziele, die ein hohes Maß an bürgerlichem Engagement erfordern, erreicht werden und das Bad lange nutzbar bleibt.

In diesem Zusammenhang hoffen wir auch, dass uns für den Bereich Kirchhoven Mittel aus dem Förderprogramm für kleine Städte und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden.

Liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

uns als CDU-Fraktion ist nach wie vor daran gelegen, möglichst frühzeitig alle Beteiligte in einen Entscheidungsprozess einzubinden. Hierzu gehören natürlich auch die anderen Fraktionen. Auch wenn nicht immer fraktionsübergreifend ein einstimmiges Ergebnis zustande kommt und die Findungsprozesse nicht immer leicht sind, wollen wir diesen Weg weiter beschreiten.

Kommunikation ist hier das entscheidende und effektivste Mittel. Offene und transparente Diskussion fördert zum einen, fordert aber auch zum anderen. Insbesondere gilt es, am Ende eines demokratischen Prozesses abzuwägen und zu Entscheidungen zu kommen. Diese gilt es dann zu vertreten und umzusetzen.

Wir wollen an diesen Entscheidungen gemessen werden und weiterhin eine verlässliche Kommunalpolitik betreiben. Wir als CDU-Fraktion sind hierzu bereit, es gibt viel zu tun, denn die politische Arbeit ruht nie.

Hierbei reichen wir jedem die Hand, dem das Wohl unserer Stadt genauso am Herzen liegt, um gemeinsam für unsere Heimatstadt das Bestmögliche zu verwirklichen.

In der Hoffnung, die Haushaltskonsolidierung bis zum Jahre 2025 zu erreichen, darf ich mich abschließend bei Ihnen, Herr Gerards, sowie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den sicher auch in diesem Jahr wieder schwierig aufzustellenden Haushaltsentwurf bedanken.

Ebenso darf ich mich persönlich und im Namen der Fraktion bei Ihnen, Herr Bürgermeister Dieder, für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit ganz herzlich bedanken.

Dank gilt aber auch allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihren Einsatz zum Wohle unserer Stadt – der Kreisstadt Heinsberg.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!